

Bericht zum internationalen Symposium **Nachhaltige Entwicklung in Europa im Bereich der Energie – Schaffung von Arbeitsplätzen** vom 6. bis 8. Mai 2016 in Brixen (Italien)

Bei dem diesjährigen internationalen Symposium des AFB in Zusammenarbeit mit dem EZA befassten über 70 Teilnehmer/-innen aus Südtirol/Italien, Deutschland, Luxemburg, Österreich, Tschechien, Slowakei, Polen und Serbien mit der nachhaltigen Entwicklung in Europa im Bereich der Energie und die Schaffung von Arbeitsplätzen

Soll die mit dem Klimagipfel in Paris eingeleitete Klimawende auf EU-Ebene plangemäß umgesetzt werden, so muss der Übergang von fossilen auf erneuerbare Energiequellen forciert werden. Handlungsbedarf und Zeitdruck akzentuieren die Spannungen, die mit den damit verbundenen Umwälzungen in der Wirtschaft und der Organisation des Alltags verbunden sind. Die Zukunftsszenarien des Klimawandels betreffen die Bautechniken und die Energieversorgung in der Industrie, aber auch die privaten Bequemlichkeiten unseres Konsummodells wie Mobilität, Heizung und Kühlung. Von dieser Entwicklung in mehrfacher Hinsicht betroffen sind die Arbeitnehmer/-innen, nämlich als Mitarbeiter/-innen in Betrieben im Energiesektor und als Bürgerinnen und Bürger, die Energiedienstleistungen in Anspruch nehmen. Dies wurde im Rahmen der internationalen Tagung am 6. und 7. Mai 2016 in Brixen / Südtirol, deutlich, der zweiten Veranstaltung der EZA zum Jahresthema „Green Jobs“. Marta Jedrych, die Koordinatorin der entsprechenden EZA-Projektgruppe, betonte, dass die Umweltaspekte in die soziale Marktwirtschaft integriert werden müssen und bezeichnete die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze als besondere Herausforderung.

Die EU setzt auf drei unterschiedliche Handlungsansätze als Bausteine für die Energiewende: Sie will gemessen an den Werten von 1990 bis 2020 die Treibhausgase um 20 Prozent reduzieren und den Anteil der erneuerbaren Energie sowie die Energieeffizienz um je 20 Prozent zu steigern. Das Ausmaß der epochalen Neuorientierung wird daran deutlich, dass sich die EU bis 2030 noch ehrgeizigere Ziele abgesteckt hat und bis 2050 geplant ist, die schädlichen Emissionen um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren. Wie Andreas Pichler von CIPRA International erklärte, hat der Klimagipfel von Paris weltweit zu einer breiten Sensibilisierung der Menschen für die Problematik der Klimaerwärmung beigetragen. Ist der Handlungsbedarf unstrittig, so bestehen dennoch berechtigte Zweifel, ob das abgesteckte Ziel, die globale Erwärmung auf unter 2° C bzw. möglichst auf 1,5 ° C zu reduzieren, gelingen kann. Es ist nämlich den einzelnen Ländern überlassen, dazu einen Maßnahmenkatalog zu definieren. Da die Folgen der Klimaerwärmung bereits allenthalben spürbar sind, verstärkt sich zwar der Druck auf die Wirtschaft und die Politik, die notwendigen Maßnahmen zielstrebig voranzutreiben, aber es ist ein schwieriger Prozess, die Profitinteressen der Betreiber der traditionellen Energieversorgungssysteme, die auf Kohle und Atomkraft ausgerichtet sind, in neue Bahnen der ökologischen Verträglichkeit umzulenken und gleichzeitig die Beschäftigungsstandards zu halten und Einbußen in der Lebensqualität zu vermeiden. Laut Frederik Moch vom DGB-Bundesvorstand liegt dies daran, dass nicht nur die Grundstoffindustrie von der Energiewende betroffen ist, sondern viele andere Produktions- und Dienstleistungsbranchen und zentrale Aspekte des Wirtschaftssystems wie die Logistik und die Wertschöpfungsketten einem Umbau unterzogen werden müssen.

Die Energiewende genießt eine breite Unterstützung seitens der Bevölkerung, beinhaltet aber aus der Sicht der Arbeitnehmer/-innen auch einige Problemfelder. Die Liberalisierung des Energiemarktes und die Beendigung der Förderung der Steinkohle haben allein in Deutschland zu einer Halbierung der Arbeitsplätze im Energiesektor geführt. Im Photovoltaikbereich konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die durch die Streichung der Förderungen wieder in Frage gestellt waren. In Italien, wo der Atomausstieg bereits 1987 mit Volksabstimmung besiegelt worden ist, nahm die Entwicklung einen ähnlichen Verlauf, wie Basilio Lo Re von den Forschungsinstitut CRESME darlegte. Der Strukturwandel in der Wirtschaft ist von einer Verschärfung der Arbeitsbedingungen begleitet, während die Lohnentwicklung stagniert und die Mitsprache der Arbeitnehmer/-innen eingeschränkt wird. In verschiedenen Unternehmen wurden die Gewerkschaften aus den Betrieben hinausgedrückt, wie Moch weiter ausführte. Die Stromversorgung ist in diesen Jahren stabil geblieben, doch die Energiepreise verzeichneten einen stärkeren Anstieg als die Inflation. Es ist zu klären, wie für die energieintensiven Unternehmen, aber auch generell für die Verbraucher/-innen in Zukunft günstige Energiepreise gewährleistet werden können. Die Kosten der Energiewende sind am Anfang sehr hoch. In der auf technischer und politischer Ebene noch nicht ausreichend definierten Übergangszeit werden Kohle und Atomenergie weiterhin eine Rolle spielen. Der DGB will die Wertschöpfungsketten erhalten und tritt für Versorgungssicherheit ein. Hierfür wird eine angemessene Kostenaufteilung angestrebt. Ein wichtiger sozialer Aspekt ist die Vermeidung von Energiearmut bei jenen Bevölkerungsschichten, die ohnehin bereits unter den Folgen der Wirtschaftskrise zu leiden haben. In Osteuropa wird der wirtschaftliche Aufschwung derzeit als primäres Ziel angesehen. Dieser ist dort noch stark von der Nutzung der fossilen Energiequellen abhängig, weshalb erst ein passender Solidaritätsmechanismus mit abgestuften klimapolitischen Zielen als Grundlage für eine gemeinsame europäische Klimapolitik gefunden werden muss. Die Gewerkschaften in Osteuropa unterstützen diese Linie, da sie berechtigterweise befürchten, dass eine forcierte Energiewende die Beschäftigungssituation und die sozialen Probleme verschärfen würde.

Da die Rahmenbedingungen und die verfügbare Energie in den einzelnen EU-Staaten sehr unterschiedlich sind, muss jedes Land sich einen spezifischen Maßnahmenmix zurechtlegen, um den Strukturwandel erfolgreich zu bewältigen. Für die Sicherung der Lebensqualität zukünftiger Generationen, so der Tenor der Diskussion auf der Tagung, ist es unerlässlich, dass die von der EU vorgegebene Marschroute eingehalten wird. Eine bessere Koordinierung der Maßnahmen der einzelnen Länder durch die Abstimmung der Schritte zur Umstellung auf erneuerbare Energieträger, durch Nutzung einheitlicher technischer Standards und die Ausrichtung der Investitionsentscheidungen an den erzielbaren Einsparungsmaßnahmen könnte den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen entscheidend voranbringen.

Der Energieeffizienz als drittem Baustein der EU-Klimastrategie kommt eine zentrale Bedeutung für die Klimaschutzziele zu, da auf den Bausektor 40 Prozent des Energiebedarfs in Europa entfallen. Die Erwartungshaltung zur Innentemperatur in den Gebäuden ist ständig nach oben gegangen, berichtete der Südtiroler Bauexperte Peter Erlacher. Die Gesetze zur Energieeinsparung haben bewirkt, dass verschiedene Dämmtechnologien entwickelt worden sind, um die Bauhüllen gegen Energieverluste zu wappnen. Heute sind Wärmeverlustanalysen von Gebäuden zu einem Standard geworden, der im Hinblick auf energetische Sanierungen durchgeführt werden. Die energetische Sanierung des Altbestands an Gebäuden ist der wichtigste Ansatzpunkt für die Verbesserung der Energieeffizienz. Dabei sollten öffentliche Bauträger mit gutem Beispiel vorangehen. Anreize bewirken mehr als gesetzliche Vorschriften.

Lebenszyklusanalysen von neuen Gebäuden in der Planungsphase ermöglichen eine akkurate Überprüfung der verschiedenen Kostenstellen. Holger König von der Ascona-Gesellschaft für ökologische Projekte zeigte anhand zahlreicher Beispiele auf, dass nachhaltige Bauverfahren und die Verwendung ökologisch unbedenklicher Materialien sich genauso positiv auf die Gesundheit der Nutzer/-innen der Gebäude und die langfristigen Betriebskosten wie auf die Umweltbilanz auswirken. Das umfangreiche Kriterienset der deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) analysiert die Auswirkungen auf Klimagas, Ozonschichtabbau, Versäuerung, Überdüngung und Sommersmog in einem Zeitraum von 50 Jahren. Über 5.000 Baustoffe sind marktgängig. 600 davon sind zugelassen, obwohl sie kanzerogen sind. Der Widerstand gegen die Transparentmachung der Bestandteile der Baustoffe erschwert die Ausrichtung auf nachhaltige Bauverfahren. Gepaart mit der Nutzung

erneuerbarer Energiequellen wie Wind und Sonnenenergie wird die energetische Gebäudesanierung einen wesentlichen Anteil an den Klimaschutzmaßnahmen ausmachen, die uns in eine Zukunft ohne fossile Energieträger führen.

Markante weltweite Veränderungen der Lebensbedingungen infolge der Klimaerwärmung in den nächsten Jahrzehnten machen zusätzliche Anpassungsmaßnahmen zum Klimaschutz erforderlich. Die geringe Berechenbarkeit der klimatischen Bedingungen und der durch den Klimawandel bedingten Hitze- und Schlechtwetterperioden erfordern Maßnahmen zur Sicherung der Beregnung der landwirtschaftlichen Flächen und gegen die Erosionsschäden und Überschwemmungen. In der landwirtschaftlichen Produktion, im Tourismus und generell im Konsumverhalten ist eine Neuorientierung notwendig. Die für die Standorte verträglichen Pflanzensorten werden sich verändern. Wasser wird immer kostbarer werden und muss viel maßvoller genutzt werden. Typische Tourismusziele wie der Alpenraum werden sich mit der Ausdünnung der schneesicheren Gebiete auseinandersetzen müssen. Damit einher geht die Gefahr einer wirtschaftlichen Segmentierung durch die Abkoppelung der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung von den lokalen Wirtschaftskreisläufen. Die in Südtirol erfolgreiche betriebene Politik der Förderung der Berglandwirtschaft beispielsweise hat bisher eine massive Abwanderung verhindert und dazu beigetragen, dass in einem integrierten Verständnis von Regionalentwicklung Landwirtschaft, Tourismus und Handwerk zusammenarbeiten.

23 Prozent der CO²-Emissionen entfallen weltweit auf den Verkehr. Mobilitätsverhalten und Mobilitätskultur stehen, wie Prof. Hermann Knoflacher aus Wien anhand von Studien feststellen konnte, in einem engen Zusammenhang. Die Lösung für das Dilemma der Internalisierung der um den Fetisch Auto kreisenden verkehrstechnischen Planungsparadigmata sieht er in der Rückkehr zu einer Mobilität ohne Auto. Die Investitionen in ein vom Auto dominiertes Verkehrssystem haben nicht die angekündigte Steigerung der Lebensqualität gebracht: „Jede Straße hat Fußwege, Radwege und öffentliche Verkehrswege aufgefressen“, monierte Knoflacher. In der Städteplanung in Wien sei es gelungen, durch die urbanistische Depotenzenierung des Autos die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel deutlich zu steigern und eine Kostendeckungsrate von 70% zu erreichen. Wenn das Auto nicht mehr als selbstverständliches Richtmaß für die Verkehrspolitik betrachtet wird, komme wieder eine Entwicklung in Gang, in der Kommunikationsräume, sozialer Zusammenhalt und lokale Wirtschaftskreisläufe an Bedeutung gewinnen.

Impressum

AFB Arbeiter-, Freizeit- und Bildungverein
Energieforum Südtirol

Pfarrhofstraße 60/a, 39100 Bozen

Tel: +39-0471-254199, Fax: +39-0471-1880494

E-Mail: info@afb.bz - Internet: www.afb.bz

In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für Arbeitnehmerfragen, EZA und mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Union und der Region Trentino Südtirol
